

Die Schweizer Neutralität

Der blinde Flug in die Arme der NATO

Von Pietro Cavadini (mit Hilfe von KI-gestützten Recherchen)

Die Schweiz rüstet ab. Nicht bei den Waffensystemen, sondern bei ihrer historischen DNA. Im Schatten des Krieges in der Ukraine baut das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) die Armee radikal auf Bündnisfähigkeit um, während Kritiker dieses rasanten Kurses zunehmend ins Visier von Sanktionen und Nachrichtendiensten geraten. Ein tiefer Einblick in eine Republik, die ihre Identität neu verhandelt und dabei Gefahr läuft, ihre Souveränität an fremde Kommandostrukturen zu delegieren.

Die Zeitenwende hat Bern erreicht. Leise, aber mit der unerbittlichen Wucht einer tektonischen Verschiebung. Wer die sicherheitspolitische Architektur der Schweiz verstehen will, muss die Dokumente lesen, die in den Amtsstuben des VBS und den Denkfabriken der Limmatstadt produziert werden. Der letzte reguläre Bericht des Bundesrates zur Sicherheitspolitik der Schweiz datiert vom November 2021.¹ Damals schien die Welt, zumindest in der Wahrnehmung der helvetischen Administration, noch in den vertrauten Bahnen des Post-Kaltkriegs-Konsenses zu kreisen. Man fokussierte sich auf Cyberbedrohungen, Pandemien und den abstrakten Terrorismus. Doch bereits im September 2022 schob die Landesregierung einen hastig verfassten Zusatzbericht über die Folgen des Krieges in der Ukraine nach.¹ Die Stossrichtung war unmissverständlich formuliert und liess keinen Raum für pazifistische Interpretationen. Die Bedrohungslage für die Schweiz habe sich drastisch und nachhaltig verschlechtert.¹ Die einzig logische Antwort der Exekutive darauf lautete: Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und vor allem die forcierte internationale Kooperation.¹

Das war der Startschuss für einen beispiellosen Paradigmenwechsel. Seitdem weht ein rauer transatlantischer Wind durch die Korridore des Bundeshauses. Im Oktober 2022 legte der Bundesrat einen viel beachteten Neutralitätsbericht vor.² Vordergründig hielt dieses Papier am Status quo der Neutralitätspraxis gemäss dem historischen Bericht von 1993 fest.² Der Bericht von 1993, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verfasst wurde, definierte die Schweizer Neutralität primär als aussenpolitisches Instrumentarium, das genügend Handlungsspielraum lassen müsse, um auf globale Krisen flexibel reagieren zu können. Doch die heutige politische Realität in Bern spricht eine fundamental andere Sprache. Hinter verschlossenen Türen und in dicken, mit militärischem Fachjargon gespickten Strategiepapieren wird die schweizerische Neutralität seziert, filetiert und passgenau für die NATO neu zusammengesetzt.

Die neue «Aussenpolitische Strategie 2024–2027» sucht fast schon verzweifelt nach der Balance zwischen alten Mythen und neuen geopolitischen Realitäten.² Einerseits will die Schweiz

eine massiv verstärkte sicherheitspolitische Mitverantwortung auf dem europäischen Kontinent übernehmen, andererseits ihre global ausgerichtete Positionierung zwingend bewahren.² Es ist ein diplomatischer Spagat, der in der praktischen Umsetzung zunehmend institutionelle Muskelrisse verursacht. Man will der verschärften Bedrohungslage im regionalen europäischen Umfeld Rechnung tragen, ohne die globalen Chancen der Neutralität – die sogenannten «Guten Dienste», für die die Schweiz historisch berühmt ist – übermässig zu mindern oder gar gänzlich zu opfern.² Doch wie lange kann ein Kleinstaat auf zwei Hochzeiten tanzen, wenn auf der einen bereits in Kampfstiefeln marschiert wird? Das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich analysiert messerscharf, dass die klassischen Funktionen der Neutralität völlig neu gewichtet werden müssen.² Die Schutzfunktion in Zeiten naher Konfliktlinien, die Gleichgewichtsfunktion als Beitrag zur Stabilität in Europa, die aussenpolitische Funktion als Grundlage für Soft Power und letztlich die Integrationsfunktion, die für das inländische Selbstverständnis unabdingbar ist, stehen auf dem Prüfstand.²

Der Bundesrat arbeitet unter enormem Hochdruck an der konzeptionellen Neuausrichtung. Im Dezember 2025 eröffnete er die Vernehmlassung für die neue «Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026». Dieses gewichtige Papier, dessen Konsultationsphase bis Ende März 2026 lief, liegt nun als weitreichender Entwurf vor und soll in der zweiten Jahreshälfte 2026 definitiv verabschiedet werden. Die Strategie definiert drei Stossrichtungen, zehn Ziele und 45 konkrete Massnahmen, um die Resilienz und Verteidigungsfähigkeit des Landes zu trimmen. Der inhaltliche Fokus ist von brisanter Natur. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt auf der expliziten «Verteidigung in Kooperation» und der Vorbereitung der Kompatibilität mit der NATO und insbesondere den Nachbarstaaten. Das dominierende Zauberwort in den Papieren der Planer lautet Interoperabilität in sämtlichen verteidigungsrelevanten Bereichen.¹ Das bedeutet in der ungeschminkten militärischen Übersetzung: Die Schweizer Armee soll technisch, taktisch und operativ so engmaschig mit dem westlichen Verteidigungsbündnis verzahnt werden, dass sie im Ernstfall nahtlos in die Kommandostrukturen der NATO integriert werden könnte. Dies geschehe, so eilt das VBS in jeder Pressemitteilung zu versichern, selbstverständlich stets unter strikter Berücksichtigung und im Rahmen der rechtlichen Verpflichtungen der Neutralität.¹ Ein rhetorischer Taschenspielertrick. Neben der Verteidigungsfähigkeit soll die Strategie auch aufzeigen, wie der Gefährdung der inneren Sicherheit durch Gewaltextremismus, Terrorismus und organisierte Kriminalität entgegengetreten werden soll.¹ Die Vermischung von militärischer Landesverteidigung und innerer Sicherheit ist ein klassisches Merkmal der neuen Sicherheitsdoktrin.

Die drei Wege der sicherheitspolitischen Neuausrichtung

Die tiefgreifende Debatte um die aussen- und sicherheitspolitische Ausrichtung der Schweiz spaltet das Land entlang historischer, ideologischer und parteipolitischer Bruchlinien. In einer

umfassenden Analyse hat das CSS die kontrovers diskutierten Handhabungen der Neutralität in drei zentrale Ansätze kategorisiert, die derzeit um die Vorherrschaft im medialen und politischen Diskurs ringen.² Diese Modelle verdeutlichen, wie weit das Spektrum der Meinungen mittlerweile auseinanderklafft.

Konzept	Kernforderung und rechtliche Basis	Bezug zur NATO und zu Militärbündnissen	Aussenpolitische Konsequenzen
Neutralitätsinitiative	Strikte und immerwährende Neutralität, fest verankert in der Bundesverfassung (Art. 54a).	Absolutes Verbot des Beitritts zu Verteidigungsbündnissen. Kooperation nur bei direktem militärischem Angriff auf die Schweiz.	Massiver Kooperationsabbau mit der NATO. Verbot von Sanktionen gegen kriegführende Staaten ohne UNO-Mandat.
Manifest «Neutralität 21»	Flexible, lagebezogene Definition; Abkehr von den Haager Konventionen von 1907.	Enge Koordination mit NATO/EU auch in Friedenszeiten. Vorbereitung auf gemeinsame Verteidigung mit demokratischen Staaten.	Faktische Allianzfreiheit wie Schweden/Finnland. Neutralität nur noch politisch, nicht mehr völkerrechtlich fundiert.
Option «Status-quo-Plus»	Evolutionäre Annäherung ohne konzeptionellen Bruch. Maximierung des Auslegungsspielraums.	Umfassendere Beteiligung an NATO-Übungen (inkl. Artikel-5-Szenarien). Stärkung der Interoperabilität.	Pragmatische Handhabung von Waffenausfuhren. Vermeidung von Beistandspflichten in Friedenszeiten, faktische Integration.

Die Schweizer Landesregierung hat sich unmissverständlich und mit erheblichem administrativen Aufwand für den Weg des «Status-quo-Plus» entschieden.² Dieser Ansatz ist politisch raffiniert, weil er es erlaubt, die drastische Annäherung an das nordatlantische Bündnis unter dem beruhigenden Deckmantel der historischen Kontinuität zu verkaufen. Es ist die Politik der kleinen, fast unmerklichen, aber in der Summe unumkehrbaren Schritte. Man vermeidet den grossen Knall eines formellen NATO-Beitritts, schafft aber auf der Beschaffungs- und Übungsebene Sachzwänge, die eine zukünftige eigenständige Verteidigung schlichtweg unmöglich machen.

Die neue Architektur der Macht: Das Staatssekretariat für Sicherheitspolitik

Um diese schleichende Integration in die westlichen Bündnisstrukturen administrativ zu forcieren, brauchte es ein völlig neues Machtzentrum. Viola Amherd, die Vorsteherin des VBS, fackelte nicht lange und schuf vollendete Tatsachen. Die Schaffung des Staatssekretariats für

Sicherheitspolitik (SEPOS) markiert einen historischen, nicht zu unterschätzenden Wendepunkt in der institutionellen Verfasstheit der Schweizer Exekutive.⁴ Bislang war die Sicherheitspolitik in verschiedenen Ämtern zersplittert, nun wird sie gebündelt und mit einer klaren transatlantischen Direktive versehen.

Die Genese dieses neuen Super-Amtes ist bezeichnend für den neuen, oft rücksichtslosen Stil im Bundesbern. Mitte April 2023 beschloss der Bundesrat, die sicherheitspolitische Steuerung des Landes massgeblich zu stärken.⁴ Anfang Mai wurde eine breit abgestützte Findungskommission eingesetzt, und Mitte September ernannte der Bundesrat den renommierten Botschafter Jean-Daniel Ruch überraschend zum neuen Staatssekretär.⁴ Ruch galt in Diplomatenkreisen als hochgradig unabhängiger Kopf. Er war ein Diplomat der alten Schule, der die schweizerische Neutralität nicht als lästiges historisches Hindernis, sondern als wertvolles strategisches Gut in einer multipolaren Welt verstand. Doch kaum war er nominiert, brach eine medial orchestrierte, beispiellos gezielte Kampagne los. Das Resultat folgte auf dem Fuss: Ende Oktober 2023 zog Ruch seine Kandidatur offiziell «überraschend» zurück.⁴ Beobachter aus dem linksliberalen, antimilitaristischen und kritischen Spektrum sahen in diesem Vorgang keinen Zufall, sondern die eiskalte, gezielte Ausbootung eines NATO-kritischen Neutralitätsverfechters durch die Hardliner im VBS.⁶

Die institutionelle Bühne war damit frei für einen loyalen Diener der neuen Doktrin. Am 22. Dezember 2023 wurde Brigadier Markus Mäder zum ersten Staatssekretär für Sicherheitspolitik ernannt, flankiert von der einflussreichen Sicherheitsexpertin Pálvi Pulli als seiner Stellvertreterin.⁴ Mäder, ein hochrangiger Militär, verkörpert den Kurs der bedingungslosen transatlantischen Annäherung wie kein Zweiter in der Bundesverwaltung. Kritische Publikationen werfen dem VBS und Mäder unverblümt vor, die Schweiz unter dem euphemistischen Leitbegriff der Kooperation direkt unter den «schützenden Rock von Nato und EU zu treiben».⁶

Mäder selbst liess von seinem ersten Arbeitstag an keine Zweifel an seiner kompromisslosen Agenda. Kaum hatte das SEPOS am 1. Januar 2024 seine Arbeit aufgenommen, startete der neue Staatssekretär eine globale diplomatische Offensive, die in ihrem Tempo atemberaubend war. Er reiste zur Münchner Sicherheitskonferenz im Februar, flog zum Shangri-La-Dialog nach Singapur im Mai, nahm am Global Security Forum (GLOBSEC) in Prag im August teil, besuchte das Warsaw Security Forum im Oktober und schloss das Jahr beim Halifax International Security Forum im November ab.⁷ Seine Kernbotschaft, die er wie ein Mantra wiederholte und die er auch gegenüber dem Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) unmissverständlich äusserte, lautete schlichtweg: Die Schweiz müsse mit der NATO zusammenarbeiten. Kooperation sei nicht nur eine Option, sondern absolut wesentlich für das Überleben.⁶

Das SEPOS ist in der Realität weit mehr als eine blossе Behörde. Es ist der institutionelle, hochgerüstete Motor der faktischen NATO-Integration. In einem ausführlichen Interview im Rahmen des Bulletins zur schweizerischen Sicherheitspolitik 2024 betonte Mäder die dringende

Notwendigkeit einer umfassenden Verteidigung und einer tiefgreifenden nationalen Sicherheitsvorsorge.⁵ Die Abstimmung zwischen militärischen und zivilen Akteuren müsse radikal optimiert werden, um effektiv auf sogenannte hybride Bedrohungen reagieren zu können.⁵ Die innere Verfasstheit der Partnerstaaten der Schweiz, wachsende Schuldenberge und insbesondere die strukturelle Krise vieler traditioneller Volksparteien in Europa rücken zunehmend in den analytischen Fokus der Beamten.⁵ Das SEPOS blickt damit längst weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus und definiert Schweizer Sicherheitsinteressen in den Lagezentren von Brüssel, London und Washington. Die Autonomie der strategischen Analyse wird schleichend durch das Kopieren von NATO-Narrativen ersetzt.

Kommando Operationen: Der radikale Umbau der Truppe

Die administrativen tektonischen Verschiebungen im Generalsekretariat des VBS spiegeln sich in Echtzeit in den militärischen Strukturen auf dem Feld wider. Die Schweizer Armee, einst in der Ära des Kalten Krieges das Symbol der stachelschweinartigen, autarken Territorialverteidigung mit tief in die Alpen gegrabenen Bunkern, wird derzeit radikal umgepflügt. Im Juni 2023 verabschiedete der Bundesrat den Schlussbericht zur Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee (WEA).⁴ Die Umsetzung dieser gigantischen WEA hatte bereits im Jahr 2018 begonnen und konzentrierte sich vordergründig auf die erhöhte Bereitschaft der Milizverbände.⁴ Doch das genügt den ehrgeizigen Planern in Bern längst nicht mehr. Die klassische Armee hat ausgedient.

Das Kommando Operationen (Kdo Op) rückt nun massiv ins Zentrum dieser militärischen Transformation. Es ist verantwortlich für die Planung und die direkte Führung von sämtlichen Armeeeinsätzen und koordiniert auf der militärstrategischen Stufe die heiklen Aktionen der Armee mit anderen Bundesstellen, wie der Polizei oder dem Geheimdienst.⁸ Auf der oberen taktischen Führungsstufe fungieren zudem die kantonalen Territorialverbindungsstäbe (KTVS) der vier regional verankerten Territorialdivisionen als unverzichtbares Verbindungsglied und Berater.⁸ Doch die klassische Struktur des Heeres wird nun mit einem Federstrich aufgebrochen. Anstelle des bisherigen Konzepts eines Heeres mit drei unabhängigen mechanisierten Brigaden sollen dem Kommando Operationen künftig zwei hochmobile, schwere Divisionen unterstellt werden.⁹

Diese beiden neu gebildeten schweren Divisionen müssen zwingend in der Lage sein, jeweils räumlich begrenzt eigenständig das hochkomplexe Gefecht der verbundenen Waffen zu führen.⁹ Dazu gehört im 21. Jahrhundert zwingend auch die Abwehr von Bedrohungen im unteren Luftraum. Wer am Boden kämpft, muss Drohnen, Kampfhelikopter und tieffliegende Kampfflugzeuge autonom abwehren können.⁹ Auf einer Medienkonferenz betonte der Rüstungschef

Urs Loher explizit, dass schwere Mittel ebenso dringend benötigt werden wie neue Technologien. Bemerkenswert ist dabei die strategische Ausrichtung der Rüstungsindustrie. Mit Firmen wie MOWAG, die gepanzerte Fahrzeuge von Weltruf herstellen, sieht sich das VBS ausserordentlich gut positioniert, um das schwere Material zu ersetzen, das sich langsam aber sicher dem Ende seines Lebenszyklus nähert.¹⁰ Doch während neues technologisches Material oft im Inland beschafft wird, orientiert man sich beim schweren Kampfgerät fast ausschliesslich an den Industriestandards der NATO-Staaten.¹⁰

Hinter diesem taktischen Umbau des Heeres steht eine glasklare, ungeschminkte strategische Absicht. Die neuen schweren Divisionen sind präzise auf das amerikanisch dominierte Konzept der Multi-Domain Operations (MDO) und der Multi-Domain Integration (MDI) zugeschnitten.¹¹ Moderne Gefechtsführung erfordert hochvernetzte Systeme, Gefechtsstände mit enormen Datenverarbeitungskapazitäten und den Kampf über riesige Distanzen. Alexander Kohli diskutiert in der Fachzeitschrift «Stratos», dass diese neuen MDO-Gefechtsstände gigantisch und damit extrem verwundbar für Angriffe aus der Luft sind.¹¹ Die Schweizer Armee verfolgt zur Stärkung ihrer Kampfkraft drei eiserne strategische Hauptlinien: Die Fähigkeiten sollen adaptiv weiterentwickelt werden, die Chancen des rasanten technologischen Fortschritts sollen konsequent genutzt werden, und vor allem soll die internationale Zusammenarbeit auf allen Ebenen radikal verstärkt werden.¹¹

Es ist in den elitären VBS-Kreisen längst ein unbestrittenes Dogma, dass die Zusammenarbeit mit der NATO der Schweizer Armee massiv zugutekommt, um die eigenen Verteidigungsfähigkeiten auf ein modernes Niveau zu heben.⁹ Das ultimative Ziel, das über allem schwebt, ist die totale Interoperabilität. Die Logik der Militärs besticht durch eine kühle, juristische Präzision: Würde die Schweiz direkt von einem Aggressor angegriffen – und damit gemäss den Haager Konventionen augenblicklich von all ihren Neutralitätspflichten entbunden –, hätte sie neben der theoretischen Option der völlig autonomen Verteidigung auch die reale Möglichkeit der nahtlosen militärischen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und der gesamten NATO.⁹

Dafür hat man mit der Allianz in Brüssel jüngst ein brisantes «Individually Tailored Partnership Programme» (ITPP) vereinbart.⁹ Dieses Dokument, das vorerst auf zwei Jahre ausgelegt ist, definiert konkrete, messbare strategische Ziele für die Kooperation. Die Ziele sind weit gefasst und lassen tief blicken: Ziel 1 fokussiert sich auf die Stärkung des politischen Dialogs und der praktischen militärischen Zusammenarbeit. Ziel 2 fordert die kompromisslose Entwicklung der Interoperabilität. Ziel 3 zielt auf die Zusammenarbeit in aktuellen oder zukünftigen Sicherheitsherausforderungen im gemeinsamen Interesse ab.⁹

Die Geschichte der helvetischen Annäherung ist faszinierend und tragisch zugleich. Von der einst lockeren «Partnerschaft für den Frieden» (PfP), der die Schweiz in den optimistischen Neunzigerjahren beitrug und die sich damals primär auf humanitäre Einsätze, Minenräumung und Friedenssicherung konzentrierte¹², ist man heute meilenweit entfernt. Zwischen 1996 und 2010 herrschte eine Annäherung, die perfekt für die neutrale Schweiz war. Es war die Ära der

Friedensdividende.¹³ Doch die NATO der Gegenwart, so analysiert das CSS illusionslos, ist nach einer Phase der Divergenz (2011–2014) wieder fundamental zur harten kollektiven Territorialverteidigung zurückgekehrt.¹³ Und die offizielle Schweiz marschiert brav im Windschatten mit. Das Kompetenzzentrum SWISSINT, das direkt dem Chef Kommando Operationen unterstellt ist und militärische Kontingente vom Kosovo (SWISSCOY) über Bosnien (EUFOR ALTHEA) bis hin zur UNTSO-Mission im Nahen Osten führt, fungiert dabei als glänzendes diplomatisches Aushängeschild der Armee.¹⁴ Man schickt Beobachter nach Kaschmir und Westsahara.¹⁴ Doch die wahre, tiefe Integration passiert nicht in den staubigen Wüsten Afrikas. Sie geschieht in den klimatisierten Stäben, bei den intransparenten Beschaffungen und bei gross angelegten multinationalen Übungen.

Die Pressestelle des VBS überschlägt sich beinahe mit Meldungen über diese internationale Verzahnung. Das Schweizer Kommando Cyber trainiert an der NATO-Übung «Cyber Coalition» und nimmt an der hochkomplexen internationalen Cyberübung «LOCKED SHIELDS» teil.¹⁵ Die Schweizer Luftwaffe tritt dem elitären Zentrum für multinationale Helikopterausbildung bei.¹⁵ Der Chef der Armee absolviert Arbeitsbesuche bei den Ständigen Missionen der Schweiz bei der NATO und der EU in Brüssel, während der Chef Kommando Operationen die französischen Streitkräfte und das Einsatzführungskommando der italienischen Streitkräfte besucht.¹⁵ Selbst Inspektionen militärischer Aktivitäten der Schweizer Armee durch NATO-Anwärter wie Schweden sind mittlerweile an der Tagesordnung.¹⁵ Die Schweizer Armee ist de facto ein assoziiertes Mitglied der Allianz. Niemand nennt es so, aber jeder handelt so.

Sky Shield: Der europäische Luftraum und die Aufgabe der Souveränität

Nirgendwo manifestiert sich dieser schleichende, technokratische Bündnisfall deutlicher als bei der «European Sky Shield Initiative» (ESSI). Dieses gigantische europäische Luftverteidigungssystem, das massgeblich von der deutschen Bundesregierung unter Bundeskanzler Olaf Scholz und Verteidigungsminister Boris Pistorius angestossen wurde, zielt auf die gemeinsame Beschaffung und die tiefe Integration von Luftabwehrsystemen wie dem amerikanischen Patriot, dem deutschen IRIS-T und dem israelischen Arrow 3 tief im Rahmen der NATO-Strukturen.¹⁶

Im Juli 2023 schuf Bundesrätin Viola Amherd einen innenpolitischen Eklat. Sie unterschrieb kurzerhand und ohne breite Konsultation eine Absichtserklärung für den formellen Beitritt der Schweiz zu diesem System.¹⁶ Das Vorgehen war ein diplomatischer Affront par excellence gegen die eigenen direktdemokratischen Institutionen. Das Parlament in Bern wurde vor vollendete, völkerrechtliche Tatsachen gestellt.²⁰ Als der Nationalrat im Nachhinein eine Mitsprache forderte, lehnte er diese in einer bizarren, fast schon masochistischen Volte selbst ab – ein hochgradig umstrittener und demokratiepolitisch bedenklicher Entscheid, der die Ohnmacht

der Legislative vorführt.²⁰

Amherd argumentierte bei der Unterzeichnung äusserst pragmatisch und spielte die Dimension des Abkommens herunter: Vorerst gehe es ausschliesslich um gemeinsame Beschaffung, was für den Steuerzahler schlichtweg günstiger sei.¹⁷ Doch der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius, der zur feierlichen Vertragsunterzeichnung in Bern weilte, liess die strategische Katze aus dem Sack. Es gehe eben nicht nur um Rabatte beim Rüstungskauf, sondern primär um die Interoperabilität der Systeme.¹⁷ Die Systeme müssen im Verbund sekundenschnell miteinander kommunizieren, immense Datenmengen austauschen und im Ernstfall zentral von einem NATO-Gefechtsstand koordiniert werden können. Eine isolierte Schweizer Luftabwehr, die im Rahmen von Sky Shield völlig autonom agiert und sich nicht in das grosse Bild einfügt, ist ein technischer Widerspruch in sich und strategischer Unsinn.

Die rechtlichen und neutralitätspolitischen Bedenken sind derweil massiv und kaum vom Tisch zu wischen. Der Völkerrechtler Ralph Janik weist in einer scharfen Analyse darauf hin, dass die Sky Shield Initiative formell völlig ausserhalb der EU und ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegt.²¹ Für verfassungsmässig neutrale Staaten wie Österreich und die Schweiz birgt das Konzept exorbitante juristische Risiken. Allfällige Unterstützungsleistungen im Rahmen eines hochvernetzten, algorithmengesteuerten Luftverteidigungssystems werfen unweigerlich die fundamentale Frage nach der Aufgabe der Neutralität auf.²¹ Wie kann ein Kleinstaat glaubhaft neutral bleiben, wenn seine Radardaten aus den Alpen in Echtzeit in die Zielerfassung eines NATO-Verbundes fliessen, der vielleicht gerade Raketen auf Russland richtet?

Die Kritik aus dem linken und grünen Lager ist scharf, analytisch präzise und ideologisch fundiert. Die friedenspolitische Organisation «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA) warf Viola Amherd erbst vor, sie beschliesse in selbstherrlicher Manier «über die Köpfe der Menschen hinweg eine Annäherung an die Nato».¹⁷ Es sei ein neutralitätspolitisch hochheikler Entscheid, der die Schweiz in fremde Konflikte ziehe.¹⁷ Die grüne Nationalrätin Marionna Schlatter formulierte es im Parlament treffend: «Die Nato ist kein Friedensbündnis, sondern ein Kriegsbündnis».²² Eine Mitgliedschaft – oder auch nur eine faktische technologische Unterstellung unter deren Kommandoebenen – würde im äussersten Fall bedeuten, dass Schweizerinnen und Schweizer gezwungen wären, in den Krieg zu ziehen.²² Man müsse, so Schlatter, vielmehr multilaterale Friedensbündnisse wie die UNO oder die historisch erprobte OSZE stärken, statt Milliarden in Rüstung zu pumpen.²²

Auch die einflussreiche SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf kritisierte die enorme technologische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, die mit dem umstrittenen Kauf der F-35-Kampffjets und nun mit der Integration in amerikanisch dominierte Luftraumüberwachungssysteme wie Sky Shield einhergeht.²² Eine internationale Kooperation schliesse sie zwar nicht dogmatisch aus, aber das dürfe «wirklich nur im Rahmen der Möglichkeiten unserer Neutralität»

geschehen.²² Ein enger rechtlicher Rahmen, der von Amherds VBS mit Kettensägen zerschnitten wurde.

Selbst von der politischen Rechten hagelte es unerbittliche Kritik, was die tiefe Kluft in der Schweizer Sicherheitspolitik illustriert. Die nationalkonservative SVP sprach von einem definitiven «Todesstoss» für die Neutralität¹⁷ und warf dem Bundesrat in schrillen Tönen vor, aktiv am «schleichenden Nato-Beitritt» zu arbeiten.²³ Man habe von der Tragweite der Entscheidung alles aus den österreichischen Medien erfahren müssen, beklagten sich die Parlamentarier.¹⁷ Doch die stoische VBS-Chefin bündelte die geballte Kritik von links und rechts mit der kalten technokratischen Begründung ab, eine blosser Absichtserklärung sei rein rechtlich nichts, worüber das gewählte Parlament hätte befinden müssen.¹⁷ Die Demokratie verkommt zum lästigen Rauschen im Hintergrund der grossen militärischen Planung.

Die innere Front: Die Volksinitiative und das Paradoxon des Wählers

Die zunehmende Entfremdung zwischen dem forschenden Handeln der Exekutive in Bern und dem historisch tief gewachsenen Selbstverständnis der Bevölkerung hat zu einem innenpolitischen Beben geführt. Die von konservativen Kreisen um Christoph Blocher und der SVP lancierte Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» zwingt das Land nun, Farbe zu bekennen und eine fundamentale Richtungsentscheidung zu fällen.²⁴

Die Initiative verlangt auf rechtsverbindliche Weise die Einführung eines neuen Verfassungsartikels 54a.²⁴ Der Text ist in seiner Klarheit radikal und duldet keine semantischen Ausflüchte des VBS mehr. Er fordert unmissverständlich, dass die Neutralität der Schweiz «immerwährend und bewaffnet» zu sein hat.²⁶ Der Beitritt zu jeglichen Militär- oder Verteidigungsbündnissen wird der Regierung kategorisch untersagt. Eine absolute Ausnahme gilt lediglich für eine militärische Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen, falls ein direkter, physischer militärischer Angriff auf die Schweiz erfolgt oder konkrete Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs auf dem Staatsgebiet stattfinden.²⁶

Vor allem aber verbietet die Initiative der Schweiz die Beteiligung an militärischen Konflikten zwischen Drittstaaten sowie die Verhängung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen – sprich wirtschaftliche Sanktionen – gegen kriegführende Staaten, sofern diese Massnahmen nicht explizit von der Generalversammlung oder dem Sicherheitsrat der UNO angeordnet wurden.²⁶ Ausgenommen sind lediglich Massnahmen, die zwingend verhindern sollen, dass Sanktionen anderer Staaten über Schweizer Territorium umgangen werden.²⁶ Die Schweiz soll wieder zwingend in die Rolle des neutralen Vermittlers gedrängt werden.

Diese Initiative ist eine hochbrisante, direkte innenpolitische Antwort auf die historisch einmalige Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland durch den Bundesrat im Frühjahr 2022. Für

die wirtschaftsliberale Linke, die Mitte und die Regierung wäre die Annahme der Initiative an der Urne ein aussenpolitisches Fiasko ersten Ranges. Das CSS warnt in drastischen Worten davor, dass sich die Schweiz auf der Achse Europa/Welt im Vergleich zu heute deutlich weiter weg von ihren engsten europäischen Partnern positionieren würde.² Der totale Kooperationsabbau mit der NATO wäre die logische, unausweichliche Konsequenz einer Annahme.²

Die linksliberale, stets kritische Wochenzeitung WOZ sieht in der Initiative hingegen weitaus weniger eine romantische Rückkehr zur klassischen Neutralität, als vielmehr ein zynisches geopolitisches Manöver zugunsten des Kremls. Da ein generelles Verbot von eigenständigen Schweizer Sanktionen vor allem Russland nutzen würde, sprechen die Gegner nicht ganz zu Unrecht von einer verkappten «Pro-Putin-Initiative».²⁵ Die finanzielle und moralische Unterstützung der Kampagne durch umstrittene Figuren wie den Ex-Fifa-Präsidenten Sepp Blatter, der sich für seine freundschaftlichen Bande und Fotosessions mit Wladimir Putin nie rechtfertigen mochte, giesst zusätzlich mächtig Öl in das diskursive Feuer.²⁵

Das Online-Magazin «Infosperber», das sich dem unerbittlichen kritischen Journalismus verschrieben hat, bringt das moralische Dilemma der Schweizer Aussenpolitik der Gegenwart präzise auf den Punkt: Die offizielle Schweiz stehe in New York auf dem Parkett der UNO für Multilateralismus und Dialog, in Bern jedoch nur manchmal.²⁷ Anstatt als wirklich neutraler, ehrlicher Makler eine aktive Friedenspolitik zu betreiben, ordne sich das Land blind und gehorsam den hegemonialen militärischen Strukturen des Westens unter. Die ersten Opfer dieser hochgerüsteten neuen Sicherheitspolitik seien die einfachen Wehrpflichtigen, das zweite Opfer sei paradoxerweise die Sicherheit der Schweiz selber.²⁷ Eine pointierte Kritik, die tief in die Wunden der Schweizer Identität blickt.

Wie zerrissen und gespalten die Bevölkerung in dieser Schicksalsfrage ist, belegen die empirischen Daten der jährlichen ETH-Studie «Sicherheit 2024» auf eindrückliche Weise. Die **Zahlen zeichnen das Bild einer Nation, die kognitiv dissonant agiert:**

Frage / Haltung in der Bevölkerung	Zustimmung 2024	Trend / Kontext
Beibehaltung der Neutralität im Allgemeinen	91 %	Extrem hoch, aber minimaler Rückgang unter den 10-Jahres-Schnitt. Funktionen der Neutralität verlieren an Rückhalt.
Teilnahme an der «European Sky Shield Initiative»	62 %	Erstmals abgefragt. Breite Zustimmung trotz offensichtlicher neutralitätspolitischer Spannungen.
Annäherung der Schweiz an die NATO	52 %	Knappe Mehrheit für Gespräche, Planungen und technologische Kooperationen. Rückgang um 3 % zum Vorjahr.
Formeller Beitritt zur NATO	30 %	Klares Minderheitsanliegen. Seit der Jahrtausendwende stabil tief.
Formeller Beitritt zur Europäischen Union (EU)	17 %	Massive Ablehnung eines politischen Beitritts.

Diese Zahlen ⁴ offenbaren ein faszinierendes Paradox. Die Schweizer Bevölkerung sehnt sich auf einer emotionalen Ebene tief nach dem militärischen Schutzschirm der NATO und der EU, weigert sich aber beharrlich und stur, den vollen politischen und rechtlichen Preis dafür zu zahlen. Ein formeller Beitritt zur NATO bleibt für über zwei Drittel der Bevölkerung ein Tabu.⁴ Man will die militärischen Vorteile der Interoperabilität geniessen, modernste Drohnen abwehren lassen, aber im Fall der Fälle den Bündnisfall für die eigenen Söhne und Töchter vermeiden. Eine sicherheitspolitische Rosinenpickerei in Reinkultur, die in den Hauptstädten Europas zunehmend auf kopfschüttelndes Unverständnis und offene Verärgerung stösst.

Im Fadenkreuz der sicherheitspolitischen Orthodoxie: Wie der Staat Kritiker diszipliniert

Wer diese rasante Militarisierung, den Umbau der Doktrin und die offene Aufgabe der neutralen Vermittlerrolle lautstark kritisiert, bewegt sich im heutigen Klima auf hauchdünnem Eis. Im ideologischen Schatten des Krieges in der Ukraine verengt sich der Korridor des öffentlich

Sagbaren in der Schweiz rasant. Die westliche Staatengemeinschaft, getrieben vom verständlichen und legitimen Wunsch, die imperiale russische Aggression einzudämmen, hat juristische Instrumente geschaffen, die massiv und ungefiltert in grundlegende rechtsstaatliche Garantien und die Meinungsfreiheit der Bürger einschneiden. Und die offizielle Schweiz? Sie macht mit. Teils aktiv durch Repression, teils durch dröhnendes, feiges Schweigen.

Zwei prominente Fälle der jüngeren Zeit illustrieren paradigmatisch und beklemmend, wie die europäische Gemeinschaft und die Schweizer Behörden mit jenen Bürgern umgehen, die es wagen, das offizielle transatlantische Narrativ infrage zu stellen: Der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter Jacques Baud und der in Ungnade gefallene Oberstleutnant Ralph Bosshard. Beide fallen regelmässig durch Publikationen und geopolitische Positionen auf, die den Mainstream bis aufs Blut provozieren. Beide spüren nun die harte, kompromisslose Hand der staatlichen Überwachung und Sanktionierung am eigenen Leib.

Zensur durch die Hintertür: Der beklemmende Fall Jacques Baud

Jacques Baud ist in der sicherheitspolitischen Szene absolut kein Unbekannter. Der ehemalige Oberst der Schweizer Armee arbeitete jahrelang für den strategischen Nachrichtendienst des Bundes und diente in diversen heiklen Missionen für internationale Organisationen. Er verfügt zweifellos über eine jahrzehntelange, tiefe Erfahrung in der globalen Sicherheitspolitik.²⁸ Doch sein Lebenslauf schützte ihn nicht. Im Dezember 2023 setzte die Europäische Union den Schweizer Staatsbürger Baud kurzerhand und ohne Vorwarnung auf die offizielle EU-Russland-Sanktionsliste.²⁹ Der gravierende Vorwurf aus Brüssel? Baud soll gezielt russische Propaganda und obskure Verschwörungstheorien verbreiten. So habe er beispielsweise in seinen Analysen der Ukraine angelastet, ihre eigene Invasion durch Russland bewusst herbeigeführt zu haben, um einen Vorwand zu schaffen, der NATO beizutreten.²⁹

Die administrativen Massnahmen gegen den Schweizer Rentner, der seinen Lebensabend eigentlich in Ruhe verbringen wollte, sind drakonisch und existenzbedrohend. Seine Bankkonten im gesamten EU-Raum wurden mit einem Federstrich gesperrt, jegliche finanziellen oder materiellen Unterstützungsleistungen an ihn in der EU sind unter Androhung von Strafe verboten, und es gilt ein striktes Ein- und Durchreiseverbot.²⁹ Da Baud seinen Lebensmittelpunkt zeitweise im belgischen Brüssel hatte, schnitten ihm diese kafkaesken Sanktionen buchstäblich von einem Tag auf den anderen die Luft zum Atmen ab. Er selbst bezeichnete die ausweglose Situation in einem Interview mit der «Weltwoche» verzweifelt als «schlimmer als Gefängnis» und verglich sein juristisches Schicksal mit dem des eingesperrten Wikileaks-Gründers Julian Assange.²⁹ Baud bestreitet die Vorwürfe der gezielten Propaganda vehement und gibt an, in seinen Texten lediglich öffentlich zugängliche ukrainische Quellen zitiert zu haben, etwa in seinem viel beachteten Buch «Putin. Herr des Geschehens?».²⁹

Der Fall Baud offenbart ein gravierendes, fast schon zynisches rechtsstaatliches Defizit der Eu-

ropäischen Union, das auch die Souveränität der Schweiz und ihrer Bürger direkt und schmerzhaft betrifft. Die drastischen EU-Sanktionen beruhen formal auf den Artikeln 24, 28 und 29 des EU-Vertrags und sind als «restriktive Massnahmen» im Rahmen der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik gegen die sogenannten «hybriden Bedrohungen Russlands» deklariert.²⁸ Das Brisante und Demokratiepölitisch Verheerende daran: Baud wurde zu keinem Zeitpunkt wegen gewalttätiger Handlungen, Spionage, Terrorfinanzierung oder handfesten strafbaren Aktivitäten sanktioniert. Der offizielle Vorwurf lautet auf die blossie Verbreitung prorussischer Narrative.²⁸ Es geht hier also um Worte. Um Meinungen, Publikationen, Bücher und Analysen, die der EU-Kommission politisch nicht in den Kram passen. Eine Demokratie sanktioniert unliebsame Literatur.

Gemäss der gängigen, von Menschenrechtlern scharf kritisierten EU-Praxis wurde Baud vor der Verhängung der Sanktionen nicht einmal zu den Vorwürfen angehört. Ein faires, rechtliches Gehör im Vorfeld, wie es Artikel 41 Ziffer 2 der Charta der Grundrechte der EU oder auch Artikel 29 Absatz 2 der althehrwürdigen Schweizerischen Bundesverfassung eigentlich als unverrückbaren Grundpfeiler des Rechtsstaates vorsehen, wurde ihm schlichtweg verwehrt.²⁸ Das Auswärtige Amt in Berlin rechtfertigte in einer Regierungspressekonferenz dieses rabiate Vorgehen fast schon lakonisch damit, dass das Völkerrecht den Rahmen bilde und man sich völlig im Recht wähne.³² Aus kalter juristischer Sicht wird von den Behörden argumentiert, dass eine vorherige Anhörung den Betroffenen ja die Möglichkeit gäbe, ihre inkriminierten Gelder beiseitezuschaffen, bevor die Konten gesperrt werden.²⁸ Die rechtsstaatliche Garantie, so die perverse Logik, beschränke sich vollends darauf, dass der finanziell ruinierte Betroffene im Nachhinein eine individuelle Begründung erhalte und dann jahrelang auf eigene Kosten den Europäischen Gerichtshof anrufen dürfe.²⁸ Baud hat mit seinen Anwälten diesen steinigen Weg beschritten und offiziell Rekurs eingelegt.²⁹

Doch wie reagierte die offizielle Schweiz, die sich sonst so gerne als Hort der Menschenrechte inszeniert, auf den Angriff auf einen ihrer Bürger? Mit einer toxischen Mischung aus opportunistischem Schweigen und bürokratischer Minimal-Intervention. Die Schweiz hat das spezifische, weitreichende EU-Sanktionsregime betreffend hybrider Bedrohungen in dieser Form nicht übernommen.²⁸ Entsprechend werden diese spezifischen Sanktionen im Inland gegen Baud juristisch nicht angewandt.²⁸ Es gibt derzeit keine schweizerischen Kontensperrungen gegen ihn, und die im Parlament geäusserte Angst, dass die Schweiz analog zur EU ebenfalls bald schwarze «Listen mit schlechten Bürgern» erstellt, wies der Bundesrat in einer formellen Stellungnahme routiniert zurück.²⁸

Gleichzeitig duckte sich das Aussendepartement in Bern feige weg. Die Schweizer Botschaft in Brüssel warnte den ahnungslosen Baud nicht vorab vor dem vernichtenden Schlag. Das wurde vom linksliberalen, europafreundlichen Think-Tank «Foraus» zwar in einer Analyse zynischerweise als «im Sinn der Sanktionen liegend» gewertet, doch reagiere die Botschaft auch im

Nachhinein nur extrem verzögert und widerwillig auf seine dringenden Anfragen nach konsularischem Schutz.³¹ Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gab lapidar an, die diplomatische Mission in Brüssel habe lediglich «diverse technische Fragen» zur Umsetzung mit den EU-Behörden abgeklärt.²⁸ Erst als der mediale und politische Druck im Inland zu gross wurde, intervenierte der Schweizer Botschafter bei der EU am 9. Januar 2026 halbherzig und pochte auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Mindeststandards sowie die Bedeutung der Meinungsfreiheit.²⁸ Aussenminister Ignazio Cassis fühlte sich bemüssigt, den Fall am 21. Januar 2026 bei EU-Kommissar Maroš Šefčovič am Rande eines Treffens anzusprechen.²⁸

Doch der bittere, unerträgliche Nachgeschmack der Kapitulation bleibt. Eine freie Demokratie, so argumentieren kritische Stimmen vehement, müsse auch zwingend provokative, sachlich falsche oder zutiefst schockierende Meinungen aushalten können, ohne sofort mit dem wirtschaftlichen Vernichtungsschlag zu drohen.³¹ Die Meinungsfreiheit ist durch Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention glasklar geschützt.³¹ «Foraus» kritisierte die «übereifrige Reaktion der EU» in diesem Fall scharf: Europa müsse die unbestreitbar vorhandene russische Desinformation zwar nicht völlig wehrlos hinnehmen, aber geopolitisch extrem unsichere Zeiten dürften niemals als billige Ausrede dienen, fundamentale, hart erkämpfte Grundrechte für eine Handvoll umstrittener Buchautoren oder Propagandisten über Bord zu werfen.³¹

Die ungemütliche, kriecherische Position der Schweiz zeigt sich hier in ihrer ganzen diplomatischen Feigheit: Man will es sich im Hinblick auf die kommenden, enorm wichtigen Volksabstimmungen zu den neuen institutionellen Rahmenverträgen mit Brüssel auf keinen Fall mit der mächtigen EU-Kommission verscherzen.³¹ Ein Schweizer Bürger wird von einer fremden Macht ohne fairen Prozess finanziell in den Ruin getrieben, weil er Bücher publiziert, die dem hegemonialen Diskurs krass widersprechen, und Bern schickt einen lauwarmer Protestbrief. Die Warnung in unabhängigen Medien war eindeutig: Wenn es heute den unbedeutenden Rentner Jacques Baud trifft, könnte es morgen den mächtigen «Weltwoche»-Chef Roger Köppel oder andere prominente Moskau-Reisende treffen.²⁹ Die Exekutive fernab jeglicher demokratischer Kontrolle entscheidet freihändig, wer ein untragbares Sicherheitsrisiko im Informationsraum darstellt und eliminiert werden muss.

Überwachung im Inland: Der absurde Fall des Ralph Bosshard

Während Baud im belgischen Exil um seine Existenz und seine Konten kämpft, spielt sich ein anderes, nicht minder bizarres sicherheitspolitisches Drama tief in der idyllischen Schweizer Provinz ab. Es geht um den Fall des Oberstleutnants Ralph Bosshard. Auch er ist ein Mann mit einem untrüglichen, fast schon pathologischen Hang zu geopolitischen Positionen, die im elitären Bundesbern für kollektive Schnappatmung sorgen. Wegen seiner ausgesprochen und lautstark geäusserten «russlandfreundlichen Positionen» fiel der erfahrene Militär Bosshard beim Verteidigungsdepartement unter Viola Amherd völlig in Ungnade.³³ Wer die forcierte NATO-Integration der Schweiz durch unliebsame Kommentare stört oder gar öffentlich Verständnis

für die geopolitischen roten Linien und Sicherheitsinteressen des Kremls äussert, hat im modernisierten VBS der Gegenwart schlichtweg keinen Platz mehr am Tisch.

Die Reaktion des Staates auf diesen internen Abweichler war hart und vorhersehbar. Bosshard wurde ins Fadenkreuz der Bundesbehörden genommen. Bis heute, so enthüllte eine Recherche, steht der ehemalige Offizier unter der direkten, ununterbrochenen Beobachtung des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB).³³ Die lapidare offizielle Begründung für den Einsatz geheimdienstlicher Mittel gegen einen Schweizer Offizier: Seine «bedenkliche Nähe zu Russland».³³ Ein Gummiparagraf, der Tür und Tor für Repression öffnet.

Doch dann geschah etwas, das die inneren Widersprüche des schwerfälligen Schweizer Föderalismus in all ihrer Pracht perfekt illustriert. Obwohl Bosshard auf eidgenössischer Ebene in Bern als manifestes Sicherheitsrisiko eingestuft und vom Geheimdienst auf Schritt und Tritt überwacht wird, erhielt er im beschaulichen Kanton Appenzell Ausserrhoden allen Ernstes eine offizielle Anstellung – und das ausgerechnet in einem ausgewiesenen «sicherheitssensitiven Bereich» der Verwaltung.³³

Wie um Himmels willen ist das in einem hochorganisierten Staat möglich? Das links-liberale Erstaunen, das in einer detaillierten Reportage des Schweizer Radios und Fernsehens (SRF) in der Nachrichtensendung «Rendez-vous» ventiliert wurde, wirft fundamentale Fragen zur Funktionsfähigkeit der Schweizer Sicherheitsarchitektur auf.³³ Versagen hier die routinemässigen Überprüfungsmechanismen der konservativen Kantone völlig? Kommunizieren der mächtige NDB in Bern und die beschaulichen kantonalen Polizeibehörden nicht miteinander? Oder ist Appenzell Ausserrhoden schlicht der letzte verbliebene, renitente Rückzugsort für Beamte, die dem erstickenden Konformitätsdruck der Berner Blase entfliehen wollen?

Der Fall Bosshard führt die Schizophrenie der aktuellen Schweizer Sicherheitspolitik gnadenlos vor. Einerseits rüstet sich der Staat administrativ und finanziell massiv auf, schafft intransparente Super-Staatssekretariate wie das SEPOS unter Markus Mäder, überwacht Kritiker mit geheimdienstlichen Zwangsmitteln, bestraft unliebsame Meinungen und baut die Milizarmee für Multi-Domain Operations mit der NATO um. Andererseits verliert sich diese neugewonnene militärische Härte kläglich in der föderalen Kleinstaaterei, sobald ein Kanton einen Arbeitsvertrag ausstellt.

Doch die eigentliche Botschaft, die das VBS mit der Behandlung von Figuren wie Bosshard und Baud an die Truppe, die Beamtenschaft und die Bürger sendet, ist toxisch und unzweideutig: Wer den politisch verordneten Kurs der bedingungslosen transatlantischen Annäherung öffentlich infrage stellt oder falsche Sympathien im falschen Konflikt hegt, wird beruflich kaltgestellt, gesellschaftlich marginalisiert und nachrichtendienstlich durchleuchtet. Der Pluralismus endet dort, wo die Interessen von Brüssel und Washington beginnen.

Die Strategie 2026: Der Point of no Return

Die politische, militärische und gesellschaftliche Weichenstellung der Schweiz ist in vollem, unaufhaltsamem Gange. Die Würfel sind längst gefallen. Mit dem Vernehmlassungsentwurf zur Sicherheitspolitischen Strategie 2026, der in der zweiten Jahreshälfte 2026 finalisiert wird, schlägt der Bundesrat ein neues Kapitel auf. Diese Strategie zementiert auf Papier, was heute bereits in den abgedunkelten Kommandostäben geübt und in den Ministerien von den Bürokraten vorbereitet wird. Kritiker sehen in dem Papier mindestens einen "Teilanschluss an ein Bündnis", das eigentlich vor das Volk gehören würde. Neben der perfekten Vorbereitung der militärischen Kooperationsfähigkeit mit der NATO soll die Strategie auch Wege aufzeigen, wie der ständigen Gefährdung der inneren Sicherheit durch Gewaltextremismus und hybride Aktionen begegnet werden kann.¹ Es ist stark zu befürchten, dass der Begriff der inneren Sicherheit dabei politisch zunehmend gedehnt wird, um auch unerwünschte politische Narrative als «hybride Bedrohung» zu kriminalisieren und die Meinungsfreiheit im Namen der wehrhaften Demokratie weiter einzuschränken.

Akteure wie die Europäische Bewegung Schweiz (EBS), stets ein treuer, unkritischer Verfechter der europäischen Integration, jubeln bereits auf den Rängen. Sie unterstützen die radikale Sicherheitspolitische Strategie 2026 vollumfänglich und fordern im gleichen, atemlosen Atemzug eine baldige Volksabstimmung über das institutionelle Verhältnis zur EU für das Jahr 2027.³⁴ Die Mühlen der Anpassung an den grossen Nachbarn mahlen schnell.

Die klassische, autonome Landesverteidigung der Schweiz, wie sie Generationen von Schweizern kannten, ist tot. Sie wurde beerdigt in hunderten von Berichten, Zusatzberichten, Absichtserklärungen und Arbeitsgruppen. Die Annäherung an die NATO unter dem technokratischen Deckmantel der Interoperabilität und des verharmlosenden «Status-quo-Plus» ist kein bedauerlicher Unfall der Geschichte. Sie ist der präzise exekutierte, lang gehegte Plan einer politischen und militärischen Elite, die sich im Rahmen globaler Spannungen längst entschieden hat, auf welcher Seite der Geschichte sie stehen will.

Dass dabei die Neutralität, das fundamentale, identitätsstiftende Merkmal der modernen Schweiz, unwiderruflich ausgehöhlt und zur leeren Worthülse degradiert wird, nimmt man in den Chefetagen kaltlächelnd in Kauf. Dass Kritiker dieses Kurses durch internationale Sanktionen ruiniert oder durch den inländischen Geheimdienst observiert werden, betrachtet man als notwendigen, wenn auch unschönen Kollateralschaden auf dem Weg in die Arme des Westens. Die Schweiz rückt faktisch näher an ein westliches Militärbündnis heran, als es die visionären Architekten der Bundesverfassung je in ihren kühnsten Träumen für möglich oder wünschenswert gehalten hätten.

Wir marschieren nicht formell mit wehenden Fahnen in die NATO ein. Das würde das Volk niemals akzeptieren. Wir lassen die NATO stattdessen geräuschlos in unsere Computersysteme, unsere teuren Radaranlagen, unsere Stäbe und unsere militärischen Doktrinen. Der wehrhafte

Stachelschweinpanzer ist für immer abgelegt, der blinde, berauschende Flug unter dem fremden, grossen Schirm hat endgültig begonnen. Wenn im Ernstfall die vernetzten Systeme von Sky Shield hochgefahren werden, die Drohnen am Himmel kreisen und die hochgelobten, interoperablen Truppen aus Brüssel via Datenlink ihre Befehle empfangen, wird von der einst so stolzen, trotzigsten Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft nur noch ein hohles, trauriges Echo in den Alpentälern übrig bleiben. Ein souveräner Staat delegiert seine historische Existenz. Einfach so. Ohne Not.

Referenzen

1. Bundesrat beschliesst Eckwerte der Sicherheitspolitischen Strategie ..., <https://www.sdc-cde.ch/de/nsb?id=103666>
2. Schweizer Neutralitäts debatte: Eine Auslegeordnung, <https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse-350-DE.pdf>
3. Aussenpolitischer Bericht 2024 - beim EDA - Der Bundesrat, https://www.eda.admin.ch/dam/en/sd-web/JOJy0VhGVT0A/Aussenpolitischer-Bericht-APS_2025_DE.pdf
4. Sicherheit 2024 | CSS ETH Zürich, <https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/Si2024.pdf>
5. Bulletin2024 - CSS ETH Zürich, https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/Bulletin_2024.pdf
6. Die Abschotter - GUT Communications, https://gut-communications.ch/wp-content/uploads/2024/10/WEW_40_022_ABSCHOTTER.pdf
7. Sicherheit 2025 | ETH Zürich, <https://ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/sicherheit-2025.pdf>
8. Zivil-militärisches Zusammenwirken von sicherheitspolitischen Instrumenten am Beispiel der Schweizer Armee - ETH Zürich, https://ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/Bulletin_2024_06_LRSA.pdf
9. Verteidigungsfähigkeit und Kooperation Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 23.3000 SiK-S vom 12. Januar 2023 un - Parlament, <https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2023/20233000/Bericht%20BR%20D.pdf>
10. June 20, 2025 - BR Pfister on: Federal Council's Armaments Policy Strategy - YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=F-5mD3yHs6Y>
11. Internationale Kooperation Interoperabilität - vtg.admin.ch, https://www.vtg.admin.ch/dam/de/sd-web/5nEuZD9xAcRf/stratos_zeitschrift_2_24.pdf
12. NATO: Partnerschaft für den Frieden - beim EDA - Der Bundesrat, <https://www.eda.admin.ch/de/nato-partnerschaft-fuer-den-frieden>
13. DIE SCHWEIZ UND DIE NATO: NEUE KONVERGENZ - CSS ETH Zürich, https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/Bulletin_2019_06_HL.pdf
14. KOMPETENZZENTRUM SWISSINT, https://www.peacekeeping.ch/fileadmin/pdf/footer/Broschuere_SWISSINT/82_036_d_SWISSINT_Imagebroschuere.pdf
15. Die internationale Kooperation der Schweizer Armee - Gruppe Verteidigung - Der Bundesrat, <https://www.vtg.admin.ch/de/die-internationale-kooperation-der-schweizer-armee>
16. Neutral Switzerland joins European Sky Shield defence project - SWI swissinfo.ch, <https://www.swissinfo.ch/eng/foreign-affairs/neutral-switzerland-joins-european-sky-shield-defence-project/75467288>
17. Sky Shield: Viola Amherd erklärt Teilnahme bei Luftabwehr-Initiative | Nau.ch,

- <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/sky-shield-viola-amherd-erklart-teilnahme-bei-luftabwehr-initiative-66535704>
18. 20112.xml - Deutscher Bundestag, <https://www.bundestag.de/resource/blob/955070/a1a3575020542b9783e1f69a8655429e/20112.xml>
 19. Plenarprotokoll 20/112 - Deutscher Bundestag, <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20112.pdf>
 20. Nationalrat gegen Mitsprache der Räte bei Beitritt zu «Sky Shield» - Blick, <https://www.blick.ch/politik/europaeisches-luftverteidigungssystem-sky-shield-nationalrat-will-gar-nicht-mitreden-id20406737.html>
 21. Sky Shield und Neutralität - Ralph Janik, <https://ralphjanik.com/2023/07/04/sky-shield-und-neutralitaet/>
 22. Neue Kampffjets: Per Blindflug in die Nato? | WOZ Die Wochenzeitung, <https://www.woz.ch/2213/neue-kampffjets/per-blindflug-in-die-nato>
 23. Der Bundesrat arbeitet am schleichenden Nato-Beitritt – deshalb braucht es die Neutralitäts-Initiative - SVP Schweiz, <https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/medienmitteilungen/der-bundesrat-arbeitet-am-schleichenden-nato-beitritt-deshalb-braucht-es-die-neutralitaets-initiative/>
 24. BBI 2024 3136 - Botschaft zur Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» | Fedlex - Der Bundesrat, <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2024/3136/de>
 25. Immerwährende Debatte: Neutralität ist, was sie nicht ist | WOZ Die Wochenzeitung, <https://www.woz.ch/2611/immerwaehrende-debatte/neutralitaet-ist-was-sie-nicht-ist!A2BRR51RDJF8>
 26. Eidgenössische Volksinitiative 'Wahrung der schweizerischen ...', <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis540t.html>
 27. Die Sicherheitspolitik der Schweiz - Infosperber, <https://www.infosperber.ch/dossier/die-sicherheitspolitik-der-schweiz/>
 28. Wie geht die Schweiz mit EU-Sanktionen gegen Schweizer Bürger ..., <http://ws-old.parlament.ch/affairs/20254632>
 29. Ex-Spion Jacques Baud: Zwischen Zensur und Propaganda - Blick, <https://www.blick.ch/politik/zwischen-zensur-und-putin-propaganda-der-fall-jacques-baud-wie-gefaehrlich-ist-dieser-schweizer-rentner-id21552212.html>
 30. Ubuntu - Zeit-Fragen, https://www.zeit-fragen.ch/fileadmin/user_upload/zeit-fragen/eins/ganze_Ausgaben/2025/ZF_20251223_27_web.pdf
 31. Jacques Baud, die EU-Sanktionen und die Grenzen der Meinungsfreiheit - Foraus, <https://www.foraus.ch/posts/jacques-baud-die-eu-sanktionen-und-die-grenzen-der-meinungsfreiheit/>
 32. Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 06.02.2026, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz-2755388>
 33. Ein Oberstleutnant mit bedenklicher Nähe zu Russland - Audio ..., <https://www.srf.ch/audio/rendez-vous/ein-oberstleutnant-mit-bedenklicher-naehe-zu-russland?par-tld=rpgRsoRc41baxJOI6hT5lYkca90>
 34. Unsere Antwort auf die Neutralitätsinitiative - Europäische Bewegung Schweiz, <https://www.europa.ch/unsere-antwort-auf-die-neutralitaetsinitiative/>